

# Taten statt Worte

**Österreichs oberster Autohändler heißt künftig aller Voraussicht nach Burkhard Ernst. Sind die hohen Erwartungen, die viele in ihn setzen, berechtigt?**

Von Philipp Hayder



**E**igentlich müsste Dr. Gustav Oberwallner zufrieden sein: Dass er bei der Erstellung der Wahlliste innerhalb des Wirtschaftsbunds 7 von 17 Stimmen erhielt, war zwar zu wenig, um seinem Wiener Rivalen Burkhard Ernst den Spitzenplatz zu verwehren.

Doch es ist allemal viel, wenn man sich die Stimmung in den meisten Autohäusern vor Augen führt. In seiner fünfjährigen Amtszeit ist es Oberwallner trotz seines enormen persönlichen Einsatzes nicht gelungen, seine Anliegen klar zu kommunizieren.

## Autorität als Startvorteil

Von Ernst den gleichen Arbeitseifer zu verlangen, wäre vermessen. Immerhin ist er kein Vollzeitfunktionär, sondern steht an der Spitze des zweitgrößten österreichischen Mazda-Händlers. Gemeinsam mit seinen

branchenfremden Engagements, die von der Filmüber die Zigarettenbranche bis zur Immobilienentwicklung reichen, verleiht ihm das ein unternehmerisches Gewicht, auf das sein Vorgänger – zumal nach dem Verkauf des eigenen Autohauses – verzichten musste.

Oberwallner glänzt dagegen mit einer detaillierten juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fachkenntnis. Doch auf der Bühne der Branche ist dieses Detailwissen, für das es schließlich Referenten und Funktionäre gibt, nur eine Zusatzqualifikation. Entscheidend ist die Eloquenz.

## Schwierige Ausgangsbedingungen

Dennoch wird Ernst weder die Kfz-GVO retten noch die Wrackbörsen abschaffen. So selbstsicher er auch auftritt: Politisch wird die Autobranche nur am Rande wahrgenommen, wirtschaftlich liegt die Macht beim Großhandel. Es ist kein Zufall, dass schon unter früheren Funktionären alle Anläufe zu einer rechtlich verbindlichen Regelung des Gewährleistungsrückgriffs gescheitert sind.

Schon ein Einzelerfolg – eine Ausdehnung des Vorsteuerabzugs, ein gemeinsam mit der Innung erreichter Freibetrag für Autoreparaturen – wäre daher ein Erfolg. Ernst hat es verdient, dass ihn auch die skeptischen Funktionäre aus den westlichen Bundesländern unterstützen. Seinem Vorgänger ist zu wünschen, dass sein Einsatz menschlich respektiert wird – und dass er sein Fachwissen in einer anderen (Kammer-)Position erfolgreicher einbringen kann. ●

## „Nicht einmal ein Minimalkompromiss“

Mit der Kfz-GVO werden fast alle Händler-schutzbestimmungen wegfallen. Experten wie Kartellrechtsanwalt Dr. Norbert Gugerbauer erwarten daher „zahlreiche langwierige Musterprozesse“. Eine „Mittelstandsinitiative“ hätte Abhilfe schaffen sollen. Deren Inhalt: zweijährige Kündigungsfristen, der Zwang zur sachlichen Begründung von Kündigungen sowie der volle Kostenersatz (allerdings ohne Gewinnanspruch) bei Garantiarbeiten.

Im Arbeitskreis der Automobilimporteure wurde die von Porsche, Mercedes-Benz, BMW und dem Vorsitzenden Mag. Ingo Natmessnig ausgehandelte Einigung jedoch nicht angenommen. Im Sommer soll weiter diskutiert werden, doch eine Einigung ist unwahrscheinlich: Zu viele

Markeninteressen müssten unter einen Hut gebracht werden und die Konzernzentralen haben wenig Interesse an einem österreichischen Präzedenzfall.

Bitter ist das nicht zuletzt für den scheidenden Gremialobmann Oberwallner, der mit ganzer Kraft für die Initiative gekämpft hatte: „Es ist überaus bedauerlich, dass man unserem Minimalkompromiss nicht auf breiter Basis folgt.“ An der Wahlentscheidung hätte eine Zustimmung aber auch nichts mehr geändert: Die fiel schon einen Tag vor der Importeurssitzung.

